Landtag Nordrhein-Westfalen 18. Wahlperiode



Ausschussprotokoll APr 18/358

27.09.2023

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

33. Sitzung (öffentlich)

27. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:36 Uhr bis 16:44 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung im Land Nordrhein-Westfalen (LKRG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5351

- Abschließende Beratung und Abstimmung
 - Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

2 Viertes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes

6

5

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5940

keine Wortbeiträge

Der Ausschuss einigt sich darauf, am 6. Dezember 2023, 13:30 Uhr, eine Sachverständigenanhörung durchzuführen.

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales 33. Sitzung (öffentlich)

27.09.2023 exn

3 Entwurf der Zwölften Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Heilberufe

7

Vorlage 18/1631 Drucksache 18/5951

keine Wortbeiträge

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss zu dem Verordnungsentwurf angehört wurde.

4 Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, des Hochschulgesetzes, der Universitätsklinikum-Verordnung und des Gesetzes zur Umsetzung des Transplantationsgesetzes

8

9

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5804

keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag von Susanne Schneider (FDP) überein, eine schriftliche Sachverständigenanhörung durchzuführen.

5 Einfacher Staat: Patientenschutz im Grenzland erhöhen – mit besseren Daten

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 18/4353

Schriftliche Anhörung

im Ausschuss für Europa und Internationales

Stellungnahme 18/726

Stellungnahme 18/809

Stellungnahme 18/818

Stellungnahme 18/830

Stellungnahme 18/831

Stellungnahme 18/833

Abschließende Beratung und Abstimmung

Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales 33. Sitzung (öffentlich)

27.09.2023 exn

11

6 Therapieplätze für Kinder mit sexueller Gewalterfahrung flächendeckend ausbauen und Wartezeiten verkürzen

Antrag

der Fraktion der FDP Drucksache 18/2139

Ausschussprotokoll 18/224 (Anhörung in AFKJ und AGS am 20.04.2023)

- Abschließende Beratung und Abstimmung
 - Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

7 "Sternenkinder" verdienen mehr Aufmerksamkeit – Forschung und Unterstützung der Eltern bei Fehl- und Totgeburten verbessern!

12

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3286

Ausschussprotokoll 18/272 (Anhörung am 07.06.2023)

- Wortbeiträge

8 Bedarfsgerechte Behandlung von Alopecia areata (Kreisrundem Haarausfall)

14

15

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 18/5412

- Abschließende Beratung und Abstimmung
 - Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

9 Für ein familienfreundliches NRW: erweiterte Kinderkrankentage zusichern!

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 18/5415

27.09.2023

exn

- Abschließende Beratung und Abstimmung

- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

10 Fachkräftesicherung durch Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung – Verankerung in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen

16

Vorlage 18/1006 Vorlage 18/1014

Ausschussprotokoll 18/302 (Anhörung in AGS und AWIKE am 16.08.2023)

- Auswertung der Anhörung
 - Wortbeiträge
- **11 Gesundheitsversorgung von Frühgeborenen** (Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage])

18

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1657

Wortbeiträge

12 Vorbereitung der gesundheitlichen Versorgung in Nordrhein-Westfalen auf den Winter 2023/2024 (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)

19

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1656

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

13 Verschiedenes

25

keine Wortbeiträge

* * *

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales 33. Sitzung (öffentlich)

27.09.2023 exn

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung im Land Nordrhein-Westfalen (LKRG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5351

- Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur alleinigen Befassung am 23. August 2023)

Vorsitzender Josef Neumann teilt mit, die kommunalen Spitzenverbände hätten auf die Möglichkeit der Stellungnahme nach § 58 der Geschäftsordnung des Landtags verzichtet.

Susanne Schneider (FDP) möchte wissen, weshalb die in der ersten Fassung des Gesetzentwurfs vorgesehene Möglichkeit, die Krankenversichertennummer im Klartext zu speichern, es nach der Verbändeanhörung nicht in die Kabinettsvorlage geschafft habe. Nur auf Basis der Krankenversichertennummer gelinge eine Verknüpfung von Daten zum Zweck einer Evaluierung von Krebsfrüherkennungsprogrammen oder für große Forschungsvorhaben. Bislang erfolge bei einem Widerspruch der Patienten eine Löschung der Identitätsdaten bei späterer Rückentschlüsselung der Krankenversichertennummer. Dies werde nun unmöglich.

RB'e Dr. Julia Brennecke (MAGS) erläutert, die LDI habe mit Hinweis auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung die Speicherung der Krankenversichertennummer im Klartext sowie deren Rekonstruierbarkeit bemängelt. Diese Bedenken hätten bislang nicht ausgeräumt werden können, es bestehe aber weiterer Erörterungsbedarf.

Meral Thoms (GRÜNE) spricht sich ausdrücklich für den Gesetzentwurf aus. Für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem und neue Technologien brauche es eine gute Datenqualität. Diese gelte es zu verbessern, auch im Sinne einer Harmonisierung zwischen Landes- und Bundesebene, sodass in der Forschung einheitliche Daten genutzt werden könnten.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.